

Lebensmittel unbezahlbar?

Für einen Hungerzuschlag von 50 Euro monatlich für alle Hartz-IV-Empfänger!

Obwohl die Erde heute laut UN bereits 12 Milliarden Menschen ernähren kann, hungern 800 Millionen der 6 Milliarden Menschen auf der ganzen Welt. Die internationalen Monopole haben auf der Jagd nach Anlagemöglichkeiten für ihr überschüssiges Kapital die Welternährung als Quelle für Maximalprofite entdeckt. Hinzu kommt, dass internationale Agrarmonopole wie Monsanto, Unilever und Nestle ihre Agrarflächen umwandeln, um darauf Pflanzen für Bio-Treibstoffe anzubauen. Die Nahrungsmittelmonopole trieben in den letzten zwei Monaten den Weltmarktpreis für Reis um 75 % in die Höhe, die Preise für Weizen haben sich im letzten Jahr verdoppelt. Die Folge: Hunger vor vollen Regalen. In über 30 Ländern in Asien und Lateinamerika gibt es mittlerweile Proteste, Demonstrationen und Streiks. In einigen Ländern sogar Hungerrevolten mit Regierungsstürzen wie in Haiti. An der Spitze stehen oft Industriearbeiterinnen und -arbeiter. Sie kämpfen z. B. wie die Textilarbeiter in Bangladesch oder die Arbeiter in Ägypten gegen die Lebensmittelpreiserhöhungen und für Lohnerhöhungen und richten sich gegen die volksfeindliche Politik ihrer Regierungen. Dies verdient die volle Solidarität.

Lebensmittelpreise explodieren

7,5 Millionen Menschen in Deutschland leben mit Hartz IV und damit unter der europäischen Armutsgrenze von 936 Euro im Monat. Mit den enormen Preissteigerungen in den letzten Monaten greift auch in Deutschland Hunger um sich. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke erhöhten sich im März 2008 gegenüber März

2007 im Schnitt um 8,2 %. Besonders teuer wurden Molke- und Milchprodukte und Eier (+ 23,9 %) sowie Speisefette und -öle (+ 15,9 %). Unverschämte ist angesichts dieser Lage, wenn von vielen Berliner Politikern die mickrigen 1,1 % „mehr“ für Rentner und Hartz-IV-Empfänger als „unverantwortbar“ bezeichnet werden. Dabei wissen sie genau, dass selbst die offizielle Inflationsrate 3,5 % beträgt – in Wahrheit aber bei niedrigen Einkommen mindestens 10 % hoch ist.

Der sonderbare Warenkorb!

Der so genannte Warenkorb, den die Statistiker zur Berechnung des monatlichen Preisauftriebs heranziehen, wurde 2003 – zeitgleich mit der Verabschiedung von Hartz IV – geändert.

Jetzt schon vormerken:

8. November 2008

**Berlin, Berlin,
wir fahren nach Berlin ...**

Die Bundesdelegiertenkonferenz der Montagsdemonstrationen hat am 19. April in Kassel einmütig „beschlossen, sich am 8. November zur 6. bundesweiten Demonstration gegen die Regierung wieder in Berlin zu treffen und bis dahin die Arbeiter, die Arbeitslosen, die Gewerkschaften, die Rentner, Jugendlichen und Frauen zu informieren und zu mobilisieren. Wer kämpfen will, ist herzlich bei uns willkommen! Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir!“



Hungeraufstand in Mahalla/Ägypten

foto: Per Björklund

Dies stellt die Lage verzerrt dar, durch eine neue Gewichtung der Waren, die berechnet werden. Der Anteil der Nahrungsmittel und alkoholfreier Getränke am Warenkorb sank im Jahr 2005 auf 10,4 % gegenüber 13,1 % im Jahr 1995, obwohl bei Nahrungsmitteln die größte Teuerung stattfand. Ein Kind zwischen 10 und 14 Jahren braucht für eine gesunde Ernährung mindestens 4,50 Euro am Tag. Hartz IV gesteht ihnen mit 2,28 Euro gerade Mal die Hälfte zu! Selbst Nudeln kosten heute 26,3 % mehr als vor einem Jahr! Für Strom müssen sie nach den jüngsten Preissteigerungen 33 Euro ausgeben. Per Regelsatz bekommen sie aber nur 21,74 Euro. Und so geht es mit vielen anderen Posten weiter.

Arbeiter und Arbeitslose gemeinsam!

Auch wer Arbeit hat, kann vom Lohn oft nicht mehr leben. Das betrifft heute offiziell 1,7 Millionen versicherungs-

Fortsetzung auf S. 2

Schluss mit den Stromsperren!

Der Bund der Energieverbraucher schätzt, dass mittlerweile in etwa 800.000 Haushalten der Strom gesperrt wurde. Hinzu kommen etwa 400.000 Gassperren jährlich. Für die Betroffenen entstehen damit weitere unzumutbare Belastungen. So berichtet ein Sozialarbeiter: „Eine krebskranke Frau, die regelmäßig warme Sitzbäder nehmen muss, lebte mit ihren beiden Söhnen bereits fünf Monate ohne Strom und somit ohne warmes Wasser. Die Suppe wärmt sie auf einem Tablett mit Teelichtern.“ **Sofortige Übernahme der Stromkosten** von Hartz-IV-Beziehern als Kosten der Unterkunft (KdU) **durch die ARGEn!**

Fortsetzung von S. 1

pflichtig Beschäftigte. Sie müssen ihren Lohn mit Hartz IV „aufstocken“. Der ganze „Sinn“ von Hartz IV war von vornherein nicht die Abschaffung der Arbeitslosigkeit, sondern die Schaffung eines Niedriglohnssektors. So behaupten unter anderem die Unternehmerverbände, „ein zu hoher Regelsatz verhindere den ‚Arbeitsanreiz‘“, und forderten, diesen um 20 % zu senken. Dass sich die Regierung dies bis heute nicht traute, liegt an der wachsenden Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten wie auch dem andauernden Protest gegen die Agenda 2010 und Hartz IV durch die Montagsdemonstrations-Bewegung.

Die MLPD unterstützt die Forderung der Montagsdemonstrations-Bewegung nach einem Hungerzuschlag. 50 Euro monatlich mehr für jeden Hartz IV Empfänger ist eine akute Sofortmaßnahme, um damit die täglichen Grundnahrungsmittel bezahlen zu können und akute Not, Hunger, Durst und ein Mindestmaß an Obst und Gemüse auch am Monatsende noch einkaufen zu können. Notwendig ist gleichzeitig, den Wider-

stand gegen die gescheiterten Hartz-IV-Gesetze zu verstärken. Hartz IV muss weg!

Nötig ist dafür die enge Kampfeinheit mit den Arbeitern und Angestellten für höhere Löhne und Gehälter, für einen Lohnnachschlag und für den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Arbeiter und Arbeitslose müssen ihre Forderung gegen die volksfeindliche Re-

gierungspolitik der CDU/SPD-Regierung richten. Die Situation ist günstig, denn die Regierung ist angesichts der Widersprüche zu den Folgen ihrer Politik, Altersarmut, Kinderarmut, Massenarbeitslosigkeit usw. mehr und mehr in der Defensive.

Wachsende Armut im reichen Deutschland und wachsendes Elend in Entwicklungsländern, das sind zwei Seiten einer Medaille. Der Kampf gegen Hunger, Armut und Massenarbeitslosigkeit muss deshalb als internationaler Kampf gemeinsam geführt werden – mit der Perspektive des Sozialismus.

Keine „Lex Montagsdemo“ in Bayern!

Die bayrische Landesregierung will das Versammlungsrecht ändern. Demonstrationen können demnach mit der schwammigen Begründung untersagt werden, dass sie „die öffentliche Sicherheit gefährden, die Rechte Dritter unzumutbar beeinträchtigen oder grundlegende ethische und soziale Anschauungen verletzen“. Bei der Anmeldung müssen die persönlichen Daten von Versammlungsleitern und Ordnern auf Verlangen vorgelegt werden. Die Behörde kann „ungeeignete oder unzuverlässige“ Personen sogar als Versammlungsleiter ablehnen. Das richtet sich insbesondere gegen die regelmäßigen stattfindenden Montagsdemonstrationen. Auf Initiative von Ver.di hat ein breites Bündnis den Protest dagegen aufgenommen, was auch von der MLPD unterstützt wird. „Wehret den Anfängen“ heißt es in der Abschlussklärung der Bundesdelegiertenkonferenz in Kassel.

www.rf-news.de • immer aktuell

Eine Partei der Zukunft – da will ich dabei sein

Ich möchte:

- Mitglied werden in der MLPD
- Mitglied werden im Jugendverband REBELL
- in einer Initiativgruppe für den Parteiaufbau der MLPD mitmachen
- Dauerspender der MLPD werden
- ein persönliches Gespräch
- das Parteiprogramm der MLPD (2,00 Euro)
- ein kostenloses vierwöchiges Probeabonnement der „Roten Fahne“ (Wochenzeitung)
- ein Abo der „Roten Fahne“ (50 Euro jährlich)
- informiert werden über



Bitte senden an: **Zentralkomitee der MLPD, Schmalhorststr. 1c, 45899 Gelsenkirchen** (alle Angaben werden vertraulich behandelt)

Stefan Engel, Götterdämmerung über der „neuen Weltordnung“,

592 Seiten

Hardcover 27 €

Taschenbuch 14,80 €

erhältlich über den Buchhandel und bei www.people-to-people.de



Spendet für „Montagsdemo aktuell“:

Mit den Flugblättern „Montagsdemo aktuell“ unterstützt die MLPD die Bewegung der Montagsdemonstration in ihrem Kampf. Die MLPD ist nur den Interessen der Arbeiterklasse und dem Kampf der breiten Massen verpflichtet, d. h. sie finanziert ihre Arbeit ausschließlich aus Beiträgen ihrer Mitglieder und Spenden. Deshalb bitten wir jeden Leser und jede Leserin, mit einer Spende die weitere Herausgabe von „Montagsdemo aktuell“ zu unterstützen!

(An die Verteiler oder auf das Konto: Zentralkomitee der MLPD, Konto: 210 333 100, BLZ 360 700 24, Deutsche Bank Essen)